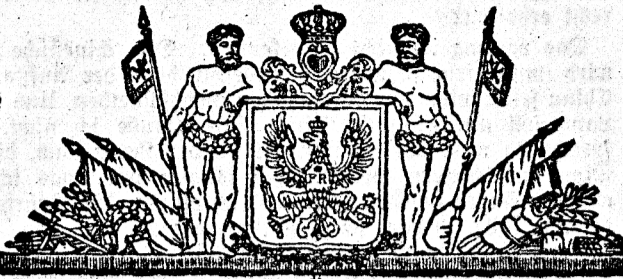


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11807 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660

## Korfanths Räumungsversprechen

### Eine sieben-tägige Frist.

Der Präsident der Abstimmungs-Kommission in Oppeln, General Le Rond, hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Räumungsversprechungen, die Korfanth gemacht hat, ernst zu nehmen seien. Daß der Zwölferauschuß der deutschen Parteien nach all dem, was vorangegangen ist, das schärfste Mißtrauen hegt, ist begreiflich. Immerhin scheint die Anschauung durchzudringen, daß es zweckmäßig ist, „die Probe auf das Exempel“ zu machen. Es handelt sich um eine neue sieben-tägige Frist, in der die Entente-Kommission zeigen kann, ob es ihr wirklich gelingt, ohne Anwendung von Zwang die Liquidierung des Aufstandes zu erreichen. Auch wenn man die stärksten Zweifel hegt, nicht nur an dem guten Willen, sondern auch an der Disziplin der polnischen Aufrehrten, ihre Peute wieder fahren zu lassen, wird man doch nicht übersehen dürfen, daß eine Weigerung von deutscher Seite dem General Le Rond die Möglichkeit gäbe, das Versagen seiner „Pazifizierungspolitik“ den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

Es ist deshalb anzunehmen, daß der Zwölferauschuß im Einvernehmen mit dem Führer des deutschen Selbstschutzes den Forderungen der Entente-Kommission nachkommen wird. Dann wird sich ja zeigen, was Herr Le Rond vermag. Die Bemühungen der Pariser Presse, den polnischen „Unschuldslämmern“, die sich „völlig unterworfen“ haben, die deutschen Unruhestifter gegenüberzustellen, sind offenbar von Oppeln inspiriert. Die Tatsache, daß ein deutscher Admiral sich unter den Freiwilligen befindet, wird in diesen Kommentaren als ein besonders verdächtiges Anzeichen erwähnt. In Wahrheit hat der Admiral v. Rebeur-Paschwitz wie jeder andere Bewohner Oberschlesiens als einfacher Zivilist die Flinte auf die Schulter genommen und verteidigt, Schulter an Schulter mit Arbeitern und Bauern, die Heimatverte. Eine besondere Entdeckung der Pariser Presse liegt nicht vor. Vielmehr fand sich eine Photographie, die den Admiral als Selbstschutzmann zeigte, bereits in der letzten Nummer der „Berliner Illustrierten Zeitung“.

Die französische Regierung hat durch ihren Berliner Botschafter gestern das deutsche Auswärtige Amt im Sinn der Lerond'schen Meldungen ersucht, auf General Hofer „einzuwirken“. Nach einer Sanatsmeldung bestand sein Auftrag darin, „die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tatsache des fortwährenden Vormarsches der deutschen Streitkräfte in Oberschlesien und auf die Weigerung, die General Hofer jedem Rückzug seiner Truppen entgegensetzt“, hinzuwirken. Wie wir hören, hat auch der englische Geschäftsträger gestern Gelegenheit genommen, in freundschaftlicher Form der Regierung den Rat zu geben, auf den Zwölfer-Auschuß zugunsten der Annahme der Vorschläge der J. A. R. einzuwirken.

Wenn diese Vorschläge angenommen werden, würde dadurch nicht etwa ein Verzicht auf weitergehende Forderungen ausgedrückt werden, sondern lediglich die Bereitwilligkeit, einige Tage zu warten, um zu sehen, welche Erfahrungen die Abstimmungs-Kommission mit ihrer „Säuberungspolitik“ macht. Nach Ablauf der Frist wäre die volle Handlungsfreiheit wiedergewonnen, wenn die Versprechungen nicht gehalten und die Erwartungen nicht erfüllt werden.

## Die Polizei von Kattowitz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mg Breslau, 21. Juni.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Die hiesige sogenannte Spezialpolizei ist von dem Leiter des Polizeiwesens, dem französischen Kapitän Hohlfeld aufgefördert worden, wieder Dienst zu tun und zwar nur bei Tage. Die Beamten haben sich bereit erklärt, den Dienst wieder aufzunehmen unter der Bedingung, daß sie zeitgemäß bewaffnet würden und daß ihnen immer noch dauernd in der Stadt bewaffnet umherstreifenden polnischen Insurgenten und den bewaffneten polnischen Apo-Beamten, die zu den Insurgenten übergegangen sind und mit polnischen Wädern an ihren Mützen ebenfalls umgehindert in der Stadt umhergehen, der Verlehr in der Stadt verwehrt wird.

Am Sonnabend früh sind die bei dem Versuch des Eindringens in den Gleiwitzer Bahnhof festgenommenen 69 polnische Insurgenten gegen 69 deutsche Gefangene ausgetauscht worden, die in der Artilleriekaserne in Gleiwitz abgeliefert worden sind.

## 100 Millionen für Oberschlesien.

Die Regierung hat zur Linderung der dringendsten Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die durch einen besonderen Staatskommissar mit Hilfe von Vertrauensleuten an die bedürftigen Kreise der Gebiete Oberschlesiens, die in der Hand der Deutschen sind, zur Verteilung gelangen sollen.

Es handelt sich dabei vor allem um Sicherstellung der Ernte in den von den Polen geräumten Aufstandesgebieten.

Am Mittwoch und Freitag dieser Woche sollen zwei weitere Transporte das ober-schlesische Internierten-Lager Sielow verlassen. Damit wird das Lager vollkommen geräumt werden. Die Internierten, die nicht in das Korfanth-Gebiet ausgetauscht werden, werden nach Rosenberg gebracht und dort unter den Schutz der englischen Truppen gestellt.

## Wiederaufnahme des Kohlenexports?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 21. Juni.

Wie aus Mährisch-Osttau gemeldet wird, verhandelten dieser Tage deutsch-österreichische und tschechoslowakische Vertreter in Oppeln über die Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen nach Deutsch-Österreich und in die Tschecho-Slowakei. Es heißt, daß schon in den aller-nächsten Tagen wieder mit der Kohlenausfuhr aus Oberschlesien begonnen werden soll.

Inzwischen haben sich, wie die „Osttau Zeitung“ aus Oppeln berichtet, die Kohlenvorräte, besonders in den Bezirken Pleß und Rybnik berart angehäuft, daß sämtliche Lagerplätze bereits überfüllt sind. Auch die Bahnhöfe sind mit Kohlenzügen, die die Grenze nicht passieren konnten, verstopft. An der Wiederherstellung der unterbrochenen Bahnstrecke und an der Wiederaufnahme des normalen Verkehrs wird seitens des Internierten-Militärkommandos gearbeitet.

## Oberschlesien im Unterhaus.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

lw London, 21. Juni.

Ueber die Pariser Konferenz erklärt das Regierungsblatt „Daily Chronicle“, die Entscheidung über manche Fragen, die zur Beratung standen, dürfte für die nächste Sitzung des Obersten Rates aufgespart sein, die wahrscheinlich in Boulogne stattfinden wird; nur die Orientfrage erheische sofortige Erledigung. Reuter bestätigt in einer Pariser Meldung ausdrücklich, daß auf jeden Fall erst der Oberste Rat die Entscheidung über Oberschlesien treffen werde.

Im Unterhause lehnte Lloyd George es als inopportun ab, im gegenwärtigen Augenblick eine grundsätzliche Erklärung über Oberschlesien abzugeben. Auf eine weitere Anfrage, ob die Gebiete, aus welchen sich die regulären deutschen Truppen zurückgezogen haben, in die Hände der polnischen Insurgenten gefallen seien, antwortete der Ministerpräsident, er sei darauf hingewiesen worden. Er glaube, daß diese Hinweise vollkommen richtig seien.

## Die Warschauer Regierungskrise.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mb Warschau, 21. Juni.

Unter Ablehnung der Erweiterung der Regierungskoalition, die von der Partei des Innenministers Skulski gefordert worden war, hat Witos die Lebensdauer seines Kabinetts durch bloße personale Lösung der einzelnen Resortkrisen zu verlängern gesucht; im Justizministerium wurde Rowodowski durch Sobolowski, im Verpflegungsministerium Michalski durch Stoinski ersetzt. Ferner nahm der Ministerrat Steczkowskis Bedingungen an, die der Finanzminister für den Fall seines Bleibens gestellt hatte, worauf dieser sein Demissionsgesuch zurückzog. Die Skulski-Partei befindet sich nunmehr in der Klemme. Da ihre Wünsche abgelehnt wurden, mußte sie ihre Drohungen wahr machen und den Innenminister abberufen.

## Das Kabinett Schober.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 21. Juni.

Das Kabinett Schober ist gebildet. Der bisherige Polizeipräsident von Wien unterbreitete heute dem Hauptauschuß des Nationalrates folgende Ministerliste:

Johann Schober, Kanzler und Aeußeres, der großdeutsche Minister Dr. Waber, Inneres, der christlich-soziale Abgeordnete Baugoin, Heerwesen, Sektionschef Bennet, Aderbau, Sektionschef Rodler, Verkehrsweisen, Sektionschef Pauet, soziale Verwaltung, Sektionschef Angerer, Handel; Sektionschef Freisky bleibt Vizekanzler und Unterrichtsminister, Sektionschef Paltaus Justizminister, Sektionschef Grünberger Ernährungsminister und Sektionschef Grimm Finanzminister.

Der Nationalrat wird in seiner heutigen Nachmittags-Sitzung dieses Kabinetts wählen mit den Stimmen der Christlich-Sozialen und der Großdeutschen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

## Die strategische Lage Japans.

Von

Erich v. Salzmann,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

\* Tokyo, 10. Mai 1921.

Die amerikanischen Zeitungen, im besonderen aber die Welles und Monthlies, streiten sich dauernd über die Frage, Großkampfschiff, Unterseeboot, Flugzeug. Es ist genau so, wie vor dem Kriege in Europa. In die öffentliche Meinung werden die Begriffe so lange eingehämmert, bis sich theoretisch jeder Mensch den Unterschied in der Verwendung vorstellen kann. Schließlich kommt dann die Praxis, die Europa ja zur Genüge kennengelernt hat. Man fragt sich, wozu das ewige Geschrei. Wir haben doch den Friedensbund in Genf, Harding hat in seiner Botschaft ausgesprochen, Laß er einen neuen Friedensbund unter amerikanischer Flagge zustande bringen will. So viel hat anscheinend jedes Land aus dem Kriege gelernt, daß es der Welt nicht geradezu ins Gesicht schreit: Ich baue alle diese Kriegsinstrumente, um anzugreifen; ich will mich nur verteidigen.

Betrachtet man nun aber die amerikanischen neuen Typen der Großkampfschiffe, der sehr weit gehenden Flugzeuge und der Unterseeboote mit außerordentlichem Aktionsradius, so sehen diese einer Angriffswaffe verzweifelt ähnlich. Irendetwas muß also da nicht stimmen. In Amerika behaupten allerdings die Kriegstheoretiker, daß man die Verteidigung eines Landes vor die Küsten des Angreifers legen müsse. Immerhin, das ist ja auch eine Erklärung. Das große Publikum in Amerika glaubt ja schließlich alles. Wir sind schlimmere Dinge aus dem Kriege gewohnt.

Im Lande Japan ist man nicht so leichtgläubig. Mit Sorge sehen seine Führer, wie sich Amerika, das von Europa augenblicklich nichts zu fürchten hat, zu einem neuen Kriege vorbereitet. Wer wird der Gegner sein? Nach den Erörterungen in Amerika kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das Japan ist. Wie ist nun dessen Lage?

Japan ist ein Inselland mit schwierigen Küsten, mit sehr vielen starken Strömungen im Meer, mit viel Nebel, und deshalb zur Landung eines feindlichen Heeres ungeeignet. Seine Eisenbahn und Wegenez genügen zudem, um einer Angriffsmarine, deren Annäherung nicht verborgen bleiben könnte, Verteidigungsgruppen an strategisch wichtigen Punkten rechtzeitig entgegenzustellen. Eine amerikanische Landung in Japan halte ich für ausgeschlossen. Diesen Gedanken haben die Gegner Japans auch nicht im Kopfe. Sie haben so viel aus dem Verlauf des Weltkrieges und der fürchtbaren Hungerblockade Englands gegen die nicht kämpfende Bevölkerung, gegen Frauen und Kinder Deutschlands gelernt, daß sie versuchen werden, gegen jeden Gegner dieselben Mittel anzuwenden. Dort liegt Japans schwacher Punkt, genau wie bei uns. Auf dem Papier in Zahlen ausgedrückt mag Japans Ein- und Ausfuhr an Lebensmitteln fast balancieren. In Wirklichkeit kann Japan ohne Einfuhr von Lebensmitteln, im besonderen vom asiatischen Festland, kaum länger wie ein Jahr bestehen. Der Hunger und die Umwälzung in der Lebensmittelversorgung würden es ganz genau so zwingen, wie sie die Zentralmächte gezwungen haben.

Japan ist bekanntlich ein rohstoffarmes Land. Ihm fehlt ganz besonders Eisen. Mit allen Mitteln versucht es sich in dieser Hinsicht unabhängig zu machen. In der Mandchurie werden Hochöfen angelegt, um Stahl zu produzieren, ohne den ein modernes Land nicht leben, und wenigsten Kriege führen kann. In Schantung an der Tjingtau-Finanz-Bahn ist eines der ergiebigen Eisenvorkommen, das grade vor dem Kriege von den Deutschen in Angriff genommen worden war. Der Ort heißt Tielingshan. Das zweite große Vorkommen von Eisen, auf das Japan rechnet, ist bei Nanjing am Yangtse, das dritte bei Santau, gleichfalls am Yangtse. Dieser Eisenmangel ist das Kriterium der Lage Japans.

Japan bezieht zurzeit den größten Teil seines Stahls aus Amerika. Ohne diesen würde seine Industrie zum Stillstand gelangen. So, kann man sagen, hat Amerika Japan zurzeit vollkommen in der Hand. Da es zudem der überragende Abnehmer des Hauptprodukts der japanischen Inseln ist, nämlich der Seide. Für diese letztere läßt sich ein anderer Großabnehmer überhaupt nicht finden. Für den Stahlimport wird Japan wohl Erjas aus China finden, jedoch wird das noch sehr viele Jahre dauern. Von den anderen Importen will ich gar nicht erst sprechen. Sie treten vor dem Wunsch nach Eisen vollkommen in den Hintergrund. Es handelt sich für Japan also immer und immer wieder um die Sicherung des chinesischen Marktes, der Japans strategische Basis ist.

Die japanischen Inseln sind heute von Alaska, Kamtschatka und von den Philippinen aus bedroht, während Japan eine gleiche Bedrohung gegen Amerika überhaupt nicht auszuüben vermag. Keine Macht der Erde ist im Stande, die Vereinigten Staaten von Nordamerika vor eine Lage zu bringen, wie sie Deutschland, die englischen Inseln, oder Japan in jedem Kriege befürchten müssen. Darum, kann man sagen, gibt es überhaupt eine Kriegsgefahr auf dem Stillen Ocean, und wird eine Angriffsgesahr als bestehend erachtet, so liegt diese mehr bei Amerika, als bei Japan. Japan ist nach den unfehlbaren Wirtschaftsgesetzen, die die Welt regieren, in der Verteidigung.